

II-4734 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2334 /J

A n f r a g e

1982 -12- 22

der Abgeordneten Dr. Hafner, Dr. Hubinek
und Genossen
an den Bundesminister für soziale Verwaltung
betreffend die Auslegung des Begriffes "alleinstehende
Mütter" im Arbeitslosenversicherungsgesetz

In Beantwortung einer schriftlichen Anfrage, in der es
darum ging, den Mißbrauch bei der Auszahlung des erhöhten Karenz-
urlaubsgeldes an alleinstehende Mütter (der gutsituierte
Vater des Kindes lebt mit der Kindesmutter im gemeinsamen
Haushalt) auszuschalten, teilte Sozialminister Dallinger
folgendes mit:

"Es ist richtig, daß alleinstehende Mütter auch dann
Anspruch auf das erhöhte Karenzurlaubsgeld haben, wenn sie
mit dem Kindesvater, der über ein Einkommen verfügt, in
Lebensgemeinschaft leben. Dieser Anspruch beruht auf den
seit 1.4.1974 geltenden gesetzlichen Bestimmungen".

Das war am 12. Mai 1982. Etwas mehr als 2 Monate später
erging an alle Landesarbeitsämter ein Erlaß des Bundes-
ministeriums für soziale Verwaltung betreffend die Aus-
legung des Begriffes "alleinstehende Mütter" im § 27 Abs.2
und § 39 Abs.1 ALVG 1977. Darin heißt es entgegen der
Anfragebeantwortung Sozialminister Dallingers:

"Bei der Beurteilung des Anspruches auf erhöhtes Karenz-
urlaubsgeld bzw. auf Sondernotstandshilfe ist daher in
Hinkunft zu prüfen, ob die Mutter des Kindes mit dem
Kindesvater im gemeinsamen Haushalt lebt. Diese Prüfung ist
an Hand der vorzulegenden polizeilichen bzw. gemeindeamt-
lichen Meldebestätigung vorzunehmen. Sind beide Elternteile

- 2 -

an derselben Adresse gemeldet, ist die Mutter nicht als "alleinstehend" im Sinne der §§ 27 Abs.2 bzw. 39 Abs. 1 AlVG 1977 anzusehen."

Da die Anfrage 1832/J offensichtlich auch nach Meinung der zuständigen Stellen des Bundesministeriums für soziale Verwaltung unrichtig beantwortet worden ist, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

1. Halten Sie Ihre Anfragebeantwortung vom 12.5.1982 (1779/AB zu 1832/J) noch immer für richtig?
2. Wie erklären Sie die in diesem Zusammenhang erfolgte totale Kehrtwendung mit dem Erlaß vom 20.Juli 1982?
3. Teilen Sie die Auffassung der Anfrageunterzeichner, daß es im Falle einer derart eklatanten Meinungsänderung innerhalb weniger Wochen zumindest ein Akt der Höflichkeit gewesen wäre, die Fragesteller davon in Kenntnis zu setzen?